

13.14

**Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und**

**Wirtschaft Mag. Dr. Harald Mahrer:** Herr Präsident! Es bietet sich an, noch einmal ganz kurz einen Exkurs in Sachen Digitalisierung und Jobs zu machen.

Herr Bundesrat Dörfler hat diese Serie des „Kurier“ gemeint, „Österreich 2030“. Da gab es eine Grafik – ich kann mich gut daran erinnern, das war im Jänner –, wo diese zehn Jobs aufgezählt wurden, die am meisten nachgefragten und die am meisten gefährdeten. Aber es sind schon am meisten gefährdete Jobs, die bereits heute gefährdet sind und heute schon stark reduziert wurden.

Viele europäische Unternehmen, und zwar nicht nur große Konzerne, sondern auch mittelgroße, auch viele österreichische, haben Buchhaltungstätigkeiten bereits weitestgehend automatisiert oder in sogenannte Call-Center-Buchhaltungen über standardisierte Buchhaltungsabrechnungsprogramme nach Indien, nach Irland oder in andere Länder verlegt, wo solche Angebote im großen Stil global durchgeführt werden.

Das ist eine Entwicklung, die ich seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre kenne. Da ist schon viel passiert. Ähnlich ist es in anderen Verwaltungsbereichen, wo man diese Effekte aufgrund der Automatisierung, der Vernetzung und der Digitalisierung überall beobachten kann – aber sie treten niemals so krass ein, wie das Weltverschwörungstheoretiker oder Weltuntergangsmaler dann gerne darstellen. Sie treten ja ohnehin in reduzierten Effekten ein. Warum? – Weil auch die Konsumenten oder die Kunden sich wohl überlegen, ob sie diese Services eigentlich so nutzen wollen, ob sie bereit sind, für einen vielleicht günstigeren Preis auf einen gewissen Komfort zu verzichten.

Viele Unternehmen warten einmal ab, ob es klug ist, dass man in Indien anruft und dann dort vielleicht jemanden hat, der nur halbwegs gebrochen Deutsch spricht.

*(Zwischenruf des Bundesrates **Schennach**.)* Ich kenne eine Vielzahl österreichischer Unternehmer – ich war in diesen Bereichen tätig –, die gesagt haben: Nein, wir machen das nicht, wir lassen das weiterhin von unseren österreichischen Buchhalterinnen und Buchhaltern, von unseren Steuerberaterinnen und Steuerberatern durchführen!

Es gab Ende der 1990er-Jahre schon einmal genau dieselbe Prognose, ich kenne das ganz genau. Da gab es Fachkonferenzen, bei denen sich alle die Haare gerauft und gesagt haben: Mein Gott, es wird da alles zusammenbrechen. – Es hat eine

Abwanderung gegeben, aber am Ende des Tages haben österreichische Qualitätsarbeit, Genauigkeit, Service, Komfort und regionale Nähe entschieden.

Und um das Beispiel des Lebensmitteleinzelhandels zu bemühen: Auch das wird eine Frage sein, wie sich der österreichische Lebensmittelhandel – oder in diesem Fall jener im deutschsprachigen Raum, weil Billa zum Beispiel zur REWE-Gruppe gehört – in Fragen des Komforts und der Kundenfreundlichkeit positioniert. Dann soll der regionale Kunde entscheiden, was er denn gerne hätte. Trotz aller technologischen Entwicklung – ja, möglicherweise kann man kontaktlos bezahlen, das mag ein Effekt sein, das geht ja heute schon – glaube ich nicht an eine vollständig mitarbeiterfreie Lebensmitteleinzelhandelsfiliale; ich glaube auch persönlich gar nicht daran, obwohl ich ein großer Freund der Digitalisierung bin. (*Bundesrat **Schennach**: Regalbetreuung wird es schon noch geben! Bei Apotheken!*)

Entscheidend ist nur – das ist ein Punkt, den ich machen möchte; Sie beide haben da ja denselben heiklen Punkt getroffen –: Es braucht eine Begleitung der Menschen, die Sorge und Angst haben, und eine positive Zukunftsperspektive für diejenigen, von denen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit tatsächlich sagen können, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren ihre Arbeitsplätze gefährdet sind. Aber da haben wir eben noch ein bisschen Zeit, das geschieht nicht morgen; das geschieht nicht am 1. Jänner 2017. (*Zwischenruf des Bundesrates **Schennach**.*) Nein, wir haben in unterschiedlichen Branchen unterschiedlich viel Zeit.

Ich bemühe nun doch das Beispiel, das ich vorhin bemühen wollte, nämlich die Automobilindustrie. Ich darf in die Runde der Bundesrätinnen und Bundesräte inklusive des Präsidenten eine Schätzfrage stellen: Was, glauben Sie, zahlt die durchschnittliche europäische Familie für das durchschnittliche europäische Auto pro Monat, wenn man die Anschaffungskosten mit hineinrechnet; Anschaffungskosten auf das Monat heruntergerechnet, inklusive Benzin/Diesel, Versicherung, Garagengebühr? (*Die Bundesrätinnen und Bundesräte geben ihre unterschiedlichen Schätzungen bekannt.*) – Ich habe es einmal gehört: Es sind 400 € im Durchschnitt – gut geschätzt!

Wir wissen – die Zahlen sind bei mehreren Veranstaltungen, Diskussionen, kleineren Treffen und großen Konferenzen transparent gemacht worden –: Google plant, das um zirka 200 € pro Monat anzubieten, selbstfahrend, elektrisch, und sagt noch frohlockend, man könne noch um 200 € Services dazukaufen.

Wenn Sie sich aber die Bilder dieser Gefährte anschauen, die in ungefähr sieben bis zehn Jahren kommen sollen, dann sehen Sie, das hat nichts mehr mit der Idee des Autos des 20. Jahrhunderts zu tun – nach dem Zweiten Weltkrieg, die Idee des

sozialen Aufstiegs; man kann sich ein eigenes Auto leisten und hat damit große persönliche Freiheit und Mobilität –, sondern das sind Transportmittel einer neuen Generation, eines neuen Zeitalters, für eine Person oder für vier – das sind dann so Lounge-artige Sessel –; es gibt da jede Menge Designs. Es gibt keinen Rückspiegel mehr, keinen Seitenspiegel, kein Lenkrad und keinen fetten Kühlergrill. Kennen Sie die Geschichte? – Ein fetter Kühlergrill dient dazu, dass man, wenn man ihn im Rückspiegel sieht, auf die Seite fährt. Das sind neue Transportmittel, die vollautomatisch fahren und Fahrslots zugewiesen bekommen werden – so wie heute im Übrigen schon der Flugverkehr und der Bahnverkehr weitestgehend vollautomatisch funktionieren. Die Vielzahl der Autos kann das heute schon.

Überlegen wir uns nur theoretisch: Wenn 50 Prozent weniger solcher Gefährte in Europa abgesetzt werden – da kommen Sie zur Ernsthaftigkeit der Frage –, wenn wir wissen, dass die Automobilindustrie und Zulieferindustrie ein industrielles Rückgrat nicht nur der deutschen, sondern auch der österreichischen Wirtschaft ist, dann sind wir natürlich angehalten, in den nächsten zehn bis 15 Jahren diesbezüglich Strategien zu entwickeln.

Noch einmal: Ich rede von hoch- und höchstwertigen Jobs, von sehr gut bezahlten Facharbeiterinnen und Facharbeitern, Ingenieurinnen und Ingenieuren in Zulieferbetrieben, den produzierenden Betrieben und in der Forschung, die möglicherweise nicht mehr in diesem Bereich arbeiten werden. Wir reden also nicht von den berühmten Niedriglohnjobs oder Jobs mit einer geringen Ausbildungsnotwendigkeit, sondern wir reden wirklich von den Jobs, die heute gut bezahlt sind, wo man im Mittelstand gut verdient und auch mehr ins Sozialsystem einzahlt.

Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt der Debatte, die wir intensiv führen sollten – Arbeitnehmervertretung, Arbeitgebervertretung und alle politischen Kräfte –: Rahmenbedingungen zu schaffen, um diesen strukturellen Wandel herbeizuführen.

Ich wollte noch einmal darauf hinweisen: Ich glaube, wir meinen alle dasselbe, aber wir sollten ein positives Bild erzeugen und kein Bedrohungsbild und AngstszENARIO. Wir wollen die Leute ja begleiten.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal davor warnen, dass wir in eine Situation verfallen, in der wir eine Regulatorik erfinden und versuchen, einen Wandel aufzuhalten, anstatt ein Ermöglichungsrahmenbedingungsszenario zu entwickeln, in dem wir neue Sachen frei machen, denn ich glaube: Wenn man sich bewegen soll – und unsere Betriebe werden sich bewegen müssen, und wir werden ihnen dafür einen

Freiraum geben müssen –, dann braucht man mehr Dynamik und nicht mehr Enge.  
Wenn darüber Konsens besteht, dann haben wir alle Chancen. – Vielen Dank. (*Beifall  
bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.*)

13.21